

## Architekten- und Ingenieurvertrag

zwischen

der **Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH**, Kurt-Schumacher-Str. 8, 60311 Frankfurt am Main (eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter HRB 40464), vertreten durch die Geschäftsführer Peter Arnold und Thomas Raasch

- nachstehend „**Auftraggeber**“ oder „**AG**“ genannt -

und

der **Name der Gesellschaft**, **Adresse der Gesellschaft** (eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts **XXX** unter **XXX**), vertreten durch **XXX**

- nachstehend „**Auftragnehmer**“ oder „**AN**“ genannt -

- AG und AN werden nachstehend gemeinsam „**die Parteien**“ genannt –

### Inhalt

§ 1	Gegenstand des Vertrages und Vertragsziele.....	2
§ 2	Vertragsbestandteile.....	2
§ 3	Leistungen des Auftragnehmers.....	3
§ 4	Weitere stets einzuhaltende allgemeine Leistungspflichten des Auftragnehmers.....	5
§ 5	Vergütung, Zahlungen .....	7
§ 6	Termine .....	12
§ 7	Haftpflchtversicherung .....	13
§ 8	Urheberrecht.....	13
§ 9	Optionsleistungen.....	15
§ 10	Rechte des Auftraggebers bei Mängeln.....	15
§ 11	Projektteam des AN, Vertretung des AG .....	16
§ 12	Schlussbestimmungen, Sonstiges, Verschwiegenheit .....	17

## § 1 Gegenstand des Vertrages und Vertragsziele

- 1.1 Der AG ist Eigentümer der Liegenschaft Kurt-Schumacher-Straße 10 in Frankfurt am Main (im Folgenden „**Projektgrundstück**“ genannt).
- 1.2 Auf dem Projektgrundstück befindet sich ein Büro- und Verwaltungsgebäude der Stadt Frankfurt am Main, in dem sich verschiedene Ämter befinden. Es ist beabsichtigt sämtliche Toilettenanlagen einschließlich aller Rohrleitungssysteme sowie der Wandhydrantenanlagen der betreffenden Schachtbereiche in diesem Gebäude zu erneuern. Zu diesem Zweck hat der AG bereits zwei Toilettenanlagen im Gebäude erneuern lassen, nämlich im Raum A601 und B610 (im Folgenden: „**Muster-Toilettenanlagen**“ genannt). Die weiteren Toilettenanlagen im Gebäude, die in den als **Anlage 1.2-a** beigefügten Plänen kenntlich gemacht sind, sollen entsprechend der Muster-Toilettenanlagen und dem als **Anlage 1.2-b** beigefügten Konzept, welches aber im Rahmen der Projektbearbeitung ggf. noch Veränderungen im Hinblick auf die unterschiedlichen Räumlichkeiten und Optimierungen unterliegen wird, nun ebenfalls erneuert werden. Die Arbeiten sollen dabei in mehreren Abschnitten erfolgen, wobei ein Abschnitt jeweils durch die von einem Steigestrang abgehenden Toilettenanlagen gebildet wird (nachfolgend insgesamt: „**Projekt**“ genannt).
- 1.3 Der AN übernimmt für das Projekt die Ingenieurleistungen des Leistungsbilds Technische Ausrüstung gem. § 55 HOAI für die Anlagengruppen Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen, Wärmeversorgungsanlagen und Lufttechnische Anlagen gem. § 53 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 HOAI.
- 1.4 Ziel dieses Vertrags ist es, eine Planung zu erhalten, welche einerseits eine anspruchsvolle Gestaltung und Qualität sowie innovative Technik erfüllt und zum anderen die wirtschaftlichen Anforderungen des AG, insbesondere dessen Budget für die Realisierung des Projekts, einhält. Für die Realisierung des Projekts sind zudem insbesondere folgende weitere Projektziele des AG von Bedeutung und vom AN bei der Leistungserbringung zu berücksichtigen und einzuhalten:
- Die mangelfreie Fertigstellung der Planung des AN unter Einhaltung des Budgets des AG für die Kosten der Kostengruppe 410, 420 und 430 gem. aktueller DIN 276 in Höhe von insgesamt 1,052 Mio. Euro netto.
  - die den anerkannten Regeln der Technik entsprechende, termingerechte und kosteneinhaltende bauliche Fertigstellung des Projektes.

## § 2 Vertragsbestandteile

- 2.1 Bestandteile dieses Vertrages sind:
- 2.1.1 die Bestimmungen dieses Vertrages
- 2.1.2 die Zusätzlichen Vertragsbedingungen des AG für Architektenverträge, **Anlage 3.4**
- 2.1.3 das Leistungsbild, **Anlage 3.1**

2.1.4 das Konzept, **Anlage 1.2**

2.1.5 entfällt

2.1.6 alle für das Projekt einschlägigen Gesetze, Verordnungen, Satzungen, Erlasse und Richtlinien sowie die anerkannten Regeln der Technik.

2.1.7 die Regelungen des BGB, soweit in diesem Vertrag nicht abweichend geregelt.

2.2 Im Falle von Widersprüchen zwischen den Vertragsbestandteilen haben die Bestimmungen dieses Vertrages stets Vorrang vor den weiteren Vertragsbestandteilen. Im Übrigen gilt im Falle von Widersprüchen die Reihenfolge wie vorstehend angegeben. Verstoßen jedoch die weiteren Vertragsbestandteile gegen die Regelungen in § 2.1.6 so haben die Regelungen in § 2.1.6 stets Vorrang und sind vom AN einzuhalten.

Die einzelnen Vertragsbestandteile gelten als integrale, sich gegenseitig ergänzende Vertragsbestandteile. Ist eine Leistung in einem nachrangigen Vertragsbestandteil aufgeführt, in einem vorrangigen jedoch nicht enthalten, so handelt es sich hierbei nicht um einen Widerspruch im vorstehenden Sinne. In diesem Fall ist die Leistung vom AN vielmehr auch dann geschuldet, wenn sie erst in einem nachrangigen Vertragsbestandteil aufgeführt wird. Ein Widerspruch liegt hingegen z.B. vor, wenn Leistungen unterschiedlich beschrieben sind. In diesem Fall gilt die vorstehende Reihenfolge der Vertragsbestandteile und die Leistung ist vom AN – vorbehaltlich der Regelung des vorstehenden Absatzes – so auszuführen, wie sie im vorrangigen Dokument beschrieben ist.

Bei etwaigen Widersprüchen zwischen gleichrangigen Vertragsbestandteilen geht zunächst die speziellere Unterlage der allgemeineren Unterlage vor. Existiert kein solches Spezialitätsverhältnis, dann geht bei gleichrangigen Unterlagen die jüngere Unterlage der älteren Unterlage (maßgeblich ist das Ausfertigungsdatum des Dokuments bzw. bei Indexfortschreibungen das Einfügungsdatum der inhaltlichen Änderung) vor.

2.3 Allgemeine Geschäftsbedingungen oder sonstige Vertragsbedingungen des AN haben keine Gültigkeit.

Allgemeine Geschäftsbedingungen oder sonstige Vertragsbedingungen des AN haben auch dann keine Gültigkeit, wenn der AN in etwaigen Angeboten, Nachtragsangeboten oder sonstigen Schriftstücken hierauf Bezug nimmt.

2.4 Paragraphen ohne Gesetzesangabe sind solche dieses Vertrags.

### **§ 3 Leistungen des Auftragnehmers/ stufenweise Beauftragung**

3.1 Die vom AN zu erbringenden Leistungen für das Projekt ergeben sich aus diesem Vertrag und den in § 2.1 genannten Vertragsbestandteilen.

Der AN schuldet – im Rahmen der ihm beauftragten Stufen – insbesondere auch alle Planungs- und Überwachungsleistungen des Leistungsbilds Technische Ausrüstung für die Anlagengruppen Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen, Wärmeversorgungsanlagen und Lufttechnische Anlagen gem. § 53 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 HOAI, die erforderlich sind, um die Vertragsziele gem. § 1.4 zu erreichen.

Der AN hat – vorbehaltlich der Beauftragung der Leistungen der Stufe 2 und Stufe 3 gemäß § 3.1.2 und Stufe 3 gemäß § 3.1.3, die ggf. durch gesondertes Auftragsschreiben erfolgt – insbesondere die nachfolgend beschriebenen Leistungen zu erbringen, wobei der AN diese Leistungen und die weiteren ihm mit diesem Vertrag beauftragten Leistungen als in jedem Falle von ihm zu erbringende Leistungen schuldet. Bei den nachfolgend aufgeführten Leistungen handelt sich dementsprechend um Mindestanforderungen an eine vertragsgemäße und mangelfreie Leistungserbringung durch den AN zur Erreichung der vereinbarten Vertragsziele.

Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Es sind folgende Stufen mit folgenden Leistungsinhalten vorgesehen:

#### 3.1.1 Stufe 1 (Grundlagenermittlung, Vorplanung und Entwurfsplanung)

Inhalt der Stufe 1 sind die Grundlagenermittlung sowie sämtliche Planungsleistungen für eine unter Integration der verschiedenen Planungsdisziplinen koordinierte Vorplanung und Entwurfsplanung. Zu den hierfür vom AN zu erbringenden Leistungen gehören insbesondere die im Leistungsbild gem. **Anlage 3.1** unter Ziffer I (Leistungen der Stufe 1) beschriebenen Grundleistungen und Besonderen Leistungen sowie die allgemeinen Leistungspflichten des AN aus diesem Vertrag und seinen Vertragsbestandteilen.

#### 3.1.2 Stufe 2 (Ausführungsplanung, Vorbereitung der Vergabe, Mitwirkung bei der Vergabe):

Inhalt der Stufe 2 sind sämtliche Planungsleistungen für eine vollständige und widerspruchsfreie Ausführungsplanung und vollständige und widerspruchsfreie Vergabeunterlagen für die Realisierung des Projekts sowie die Mitwirkungsleistungen zur Vergabe der Bauleistungen. Zu den hierfür vom AN zu erbringenden Leistungen gehören insbesondere die im Leistungsbild gem. **Anlage 3.1** unter Ziffer II (Leistungen der Stufe 2) beschriebenen Grundleistungen sowie die allgemeinen Leistungspflichten des AN aus diesem Vertrag und seinen Vertragsbestandteilen.

#### 3.1.3 Stufe 3 Objektüberwachung (Bauüberwachung) und Dokumentation:

Inhalt der Stufe 3 sind sämtliche Überwachungsleistungen zur Sicherstellung der vertragsgemäßen Herstellung der Bauleistungen für das Projekt. Zu den hierfür vom AN zu erbringenden Leistungen gehören insbesondere die im Leistungsbild gem. **Anlage 3.1** unter Ziffer III (Leistungen der Stufe 3) beschriebenen Grundleistungen und Besonderen Leistungen sowie die

allgemeinen Leistungspflichten des AN aus diesem Vertrag und seinen Vertragsbestandteilen.

- 3.2 Beauftragt werden mit dem Abschluss dieses Vertrags zunächst nur die vorstehend beschriebenen Leistungen der Stufe 1 gem. Ziff. 3.1.1.
- 3.3 Eine etwaige Beauftragung des AN mit den Leistungen der Stufe 2 gem. § 3.1.2 oder Stufe 3 gem. § 3.1.3 oder Teilen hieraus erfolgt ggf. nach Abschluss dieses Vertrags durch gesonderten Auftrag des AG in Textform.

Beauftragt der AG den AN innerhalb von 3 Monaten nach Fertigstellung der dem AN jeweils beauftragten Leistungen (Stufen) mit der Ausführung von Leistungen einer oder mehrerer weiterer Stufen, so ist der AN verpflichtet, die ihm beauftragten weiteren Leistungen ebenfalls zu den Bedingungen dieses Vertrages zu erbringen.

Dem AG steht es hierbei frei, dem AN lediglich Teilleistungen aus der Stufe 2 gem. § 3.1.2 zu beauftragen, wobei die kleinste mögliche Teilleistung die Leistungen einer Leistungsphase im Sinne der HOAI für das Leistungsbild Technische Ausrüstung ist.

Ein Anspruch des AN auf Beauftragung von Leistungen der Stufe 2 gem. § 3.1.2 oder Stufe 3 gem. § 3.1.3 besteht nicht. Dem AG steht es frei, den AN mit den Leistungen der Stufe 2 gem. § 3.1.2 oder Stufe 3 gem. § 3.1.3 oder Teilen hieraus zu beauftragen oder von einer Beauftragung abzusehen.

Sollte der AG davon absehen, den AN mit weiteren Leistungen zu beauftragen, stehen dem AN wegen der Nichtbeauftragung weiterer Leistungen keinerlei Ansprüche gegen den AG zu, insbesondere keinerlei Ansprüche auf Entschädigung, Vergütung oder Schadensersatz.

- 3.4 Es gelten auch die Regelungen der als **Anlage 3.4** beigefügten Zusätzlichen Vertragsbedingungen für das vorliegende Vertragsverhältnis. Der AN ist insbesondere auch verpflichtet, die Regelungen und Vorgaben der Zusätzlichen Vertragsbedingungen (**Anlage 3.4**) einzuhalten und die sich hieraus ergebenden Leistungen zu erbringen und Verpflichtungen zu erfüllen
- 3.5 Der Auftragnehmer sichert zudem mit Vertragsschluss zu, dass er und etwaige von ihm beauftragte Subunternehmer über die nötige Qualifikation verfügen, um diejenigen Leistungen zu erbringen, die zur Erreichung der Vertragsziele und vereinbarten Leistungen erforderlich sind. Ferner sichert der Auftragnehmer mit Vertragsschluss auch zu, dass er über die nötige Qualifikation verfügt, um vom Auftraggeber begehrte geänderte und/oder zusätzliche Leistungen auszuführen, soweit diese zur Erreichung der vereinbarten Vertragszielen gemäß § 1.4 sowie zur Realisierung des Projekts erforderlich sind und dem Leistungsbild Technische Ausrüstung zuzuordnen sind.

#### **§ 4 Weitere stets einzuhaltende allgemeine Leistungspflichten des Auftragnehmers in allen Stufen**

- 4.1 Die Sanierung und Erneuerung der vom Projekt erfassten Toilettenanlagen erfolgt in Abschnitten, wobei ein Abschnitt jeweils durch die von einem Steigestrang

abgehenden Toilettenanlagen gebildet wird. Der AN hat seine Planungs- und Koordinationsleistungen stets vor diesem Hintergrund zu erbringen und diese abschnittsweise Ausführung seiner Leistungserbringung, d.h. sowohl für die Planung als auch die Ausschreibung und die Ausführung zugrunde zu legen.

- 4.2 Der AN hat seiner Planung, Ausschreibung und Ausführung weiter zugrunde zu legen, dass die Sanierungs- und Erneuerungsarbeiten im laufenden Betrieb erfolgen. Lärmintensive Arbeiten dürfen daher nur außerhalb der üblichen Arbeitszeiten erfolgen, d.h. nur zwischen 19 Uhr und 6 Uhr am Morgen sowie an Wochenenden und nur nach vorheriger Zustimmung des AG. Entsprechend hat der AN – im Falle der Beauftragung der Leistungen der Stufe 3 – auch seine Objektüberwachungstätigkeiten solcher lärmintensiven Arbeiten im Rahmen der Stufe 3 gem. § 3.1.3 in diesen Zeiträumen zu erbringen.
- 4.3 Bei dem AG handelt es sich um einen öffentlichen Auftraggeber. Der AN ist daher verpflichtet seine Leistungen so zu erbringen, dass das für den AG einschlägige öffentliche Vergaberecht eingehalten wird. Dies gilt insbesondere für die Ausschreibung der Bauleistungen. Vor allem im Falle der Beauftragung der Leistungen der Stufe 2 hat der AN seine Planungsleistungen sowie die vom ihm erstellten Leistungsbeschreibungen und Leistungsverzeichnisse vollständig, widerspruchsfrei und mit zutreffenden Mengenangaben zu erstellen.
- 4.4 Von besonderer Bedeutung für den AG ist die Koordination und Abstimmung aller Planungsleistungen für das Projekt. Der AN verpflichtet sich daher auch zur zeitlichen und fachlichen Koordination und Abstimmung seiner Leistungen mit denen aller weiteren an der Planung des Projekts Beteiligten (hierzu gehören insbesondere der Architekt sowie weitere Fachplaner, Sonderfachleute und Sachverständigen/ Gutachter/ Prüfsachverständige) sowie der AG selbst. So wird der AG die Starkstromanlagen gem. § 53 Abs. 2 Nr. 4 HOAI selbst planen.

Der AN hat daher insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass eine enge Abstimmung zwischen dem AN, dem AG und den weiteren an der Planung des Projekts Beteiligten erfolgt und hat erforderlichenfalls auch entsprechende Koordinationsabläufe und -termine zu initiieren soweit dies für die Ausführung seiner Leistungen und eine aufeinander abgestimmte und koordinierte Gesamtplanung erforderlich ist. Dies hat so rechtzeitig zu erfolgen, dass sich keine negativen Auswirkungen auf vereinbarte und/oder zwischen den Parteien nach Vertragsschluss abgestimmte Termine ergeben. Der AN ist insbesondere auch für die Integration der Arbeitsergebnisse des AG und der weiteren an der Planung des Projekts Beteiligten in seine Planung verantwortlich, wobei der AN etwaige Widersprüche und Kollisionen seiner Planung mit der Planung des AG oder den Planungen der weiteren an der Planung des Projekts Beteiligten schnellstmöglich zu klären, etwaige Kollisionen im Zusammenhang mit seinen Planungsleistungen zu beseitigen und eine abgestimmte und koordinierte Planung zu erstellen hat. Etwaige Umstände aus der Leistungserbringung des AN, die für die Leistungen der weiteren an der Planung des Projekts Beteiligten relevant sind oder sein können wird der AN den an weiteren an der Planung des Projekts Beteiligten schnellstmöglich in Textform mitteilen.

- 4.5 Der AN ist zudem auch verpflichtet, die Koordination und Abstimmung aller seinen Leistungsbereich betreffenden Schnittstellen mit Behörden, den Versorgungsträgern und Prüfsachverständigen vorzunehmen.

Etwaige für das Projekt erforderlichen Abstimmungen mit nicht an der Planung des Projekts Beteiligten sind vom AN nur in Abstimmung mit dem AG durchzuführen und diesem rechtzeitig anzuzeigen. Etwaige Abstimmungen hat der AN zu protokollieren und die Protokolle vor einem etwaigen Versand an solche Dritten dem AG zur Abstimmung zu übermitteln.

Auskünfte oder Informationen von Behörden, Versorgungsträgern oder sonstigen Dritten, die für die Ausführung der dem AN beauftragten Leistungen erforderlich sind, sind vom AN jedoch in eigener Zuständigkeit einzuholen. Der AG ist hierüber vom AN jedoch in Textform zu informieren.

- 4.6 Der AN ist verpflichtet, alle seine Leistungen nach den anerkannten Regeln der Technik zu erbringen.

Bei etwaigen vom AN gleichwohl geplanten Abweichungen von den anerkannten Regeln der Technik hat der AN den AG schriftlich auf die jeweilige Abweichung unter Benennung der möglichen Auswirkungen und Risiken hinzuweisen und die schriftliche Entscheidung des AG einzuholen, ob es zu der Abweichung von den anerkannten Regeln der Technik kommen soll. Abweichungen von den anerkannten Regeln der Technik sind vom AN unter Vorlage der verschriftlichten anerkannten Regeln der Technik und ggf. Auszügen aus den betreffenden Normen zu belegen.

Nur im Falle einer schriftlichen Zustimmung des AG darf der AN abweichend von den anerkannten Regeln der Technik planen.

Schriftform im Sinne dieses § 4.6 ist hierbei diejenige des § 126 BGB. § 127 Abs. 2 BGB gilt ausdrücklich nicht.

- 4.7 Das Budget des AG für das Projekt beträgt insgesamt 2,258 Mio. Euro netto. Das sich hieraus ergebende Budget für die vom AN zu planenden Leistungen der Kostengruppen 410, 420 und 430 gemäß der aktuellen DIN 276 beträgt 1,052 Mio. Euro netto. Der AN wird seine Leistungen so erbringen, dass diese Kosten der KG 410, 420 und 430 gemäß der aktuellen DIN 276 durch die bauliche Ausführung der Planung des AN – soweit dies möglich ist – nicht überschritten werden.

- 4.8 Dem AN ist bekannt, dass es sich bei den vertragsgegenständlichen Gebäuden um Bestandsgebäude handelt und dementsprechend der vorhandene Anlagen- und Gebäudebestand vom AN bei Ausführung seiner Leistungen zu berücksichtigen ist. Der AN wird sich in dem für die Ausführung seiner Leistungen erforderlichem Umfang dementsprechend auch mit dem Bestand auseinandersetzen, diesen erkunden und den vorhandenen Bestand bei Ausführung seiner Leistung berücksichtigen.

## **§ 5 Vergütung, Zahlungen**

- 5.1 Der AN erhält – soweit dem AN die Leistungen gem. § 3 beauftragt wurden – Vergütung für die ihm nach diesem Vertrag beauftragten Leistungen – vorbehaltlich



der Regelung in § 5.3 für die Vergütung der Besonderen Leistungen sowie in § 9 für etwaig beauftragte Optionsleistungen – auf Basis der Regelungen der bei Vertragsschluss gültigen Fassung der HOAI, jedoch unter Anwendung der folgenden Honorarermittlungsparameter:

#### 5.1.1 Objektbildung

§ 11 Abs. 1 HOAI wird dahingehend modifiziert, dass die Honorare nur insoweit für jedes Objekt getrennt ermittelt werden, wie es sich um unterschiedliche Objekte im Sinne von § 2 Abs. 1 HOAI handelt. D.h. auch wenn mehrere Technische Anlagen vorliegen sollten, wird das Honorar aus der Summe der anrechenbaren Kosten aller Technischen Anlagen ermittelt. D.h. das Honorar des AN wird aus der Summe der anrechenbaren Kosten aller dem AN übertragenen Anlagengruppen gem. § 53 Abs. 2 HOAI der Technischen Ausrüstung berechnet. Eine getrennte Abrechnung einzelner Anlagengruppen erfolgt nicht.

#### 5.1.2 Anrechenbare Kosten

Die anrechenbaren Kosten ermitteln sich nach der den anerkannten Regeln der Technik entsprechenden Kostenberechnung gem. DIN 276-1:2008:12, welche auf Basis der Entwurfsplanung erstellt wurde und sofern noch keine Kostenberechnung vorliegt nach der den anerkannten Regeln der Technik entsprechenden Kostenschätzung gem. DIN 276-1:2008:12, welche auf Basis der Vorplanung erstellt wurde. Die Parteien vereinbaren weiter, dass bei der Ermittlung der anrechenbaren Kosten keine mitzuverarbeitende Bausubstanz berücksichtigt wird. Ferner vereinbaren die Parteien, dass bei der Ermittlung der anrechenbaren Kosten solche Kosten der Kostengruppe 400 gem. DIN 276-1:2008:12 nicht berücksichtigt werden, die Leistungen betreffen, deren Planung und/ oder Überwachung bereits über die Vergütung von Leistungsänderungen/ Zusatzleistungen nach Ziffer 4 der ZVB in **Anlage 3.4** vergütet werden.

Die danach ermittelten anrechenbaren Kosten sind bei der Ermittlung des Honorars zugrunde zu legen.

#### 5.1.3 Honorarzone

Die Parteien vereinbaren folgende Honorarzone für das Leistungsbild Technische Ausrüstung für alle dem AN übertragenen Anlagengruppen im Sinne des § 53 Abs.2 HOAI:

Honorarzone II

Die vorstehende Honorarzone ist bei der Ermittlung des Honorars zugrunde zu legen.



#### 5.1.4 Honorarsatz

Die Parteien vereinbaren folgenden Honorarsatz für das Leistungsbild Technische Ausrüstung für alle dem AN übertragenen Anlagengruppen im Sinne des § 53 Abs.2 HOAI:: [...]

Der vorstehenden Honorarsatz ist bei der Ermittlung des Honorars zugrunde zu legen.

#### 5.1.5 Umbauzuschlag

Die Parteien vereinbaren ferner, dass folgende Umbauzuschlag vereinbart wird: [...] %

Der vorstehende Umbauzuschlag ist bei der Ermittlung des Honorars zugrunde zu legen.

#### 5.1.6 Vomhundertsätze

Für das Leistungsbild Technische Ausrüstung werden für alle dem AN übertragenen Anlagengruppen in Sinne des § 53 Abs. 2 HOAI folgende Vomhundertsätze gem. § 55 Abs. 1 HOAI für die Leistungen der jeweiligen Leistungsphasen im Sinne der **Anlage 3.1** vereinbart:

LPH 1 – Grundlagenermittlung	2%
LPH 2 - Vorplanung	9%
LPH 3 - Entwurfsplanung	16,5%
LPH 5 - Ausführungsplanung	22%
LPH 6 – Vorbereitung der Vergabe	7%
LPH 7 – Mitwirkung bei der Vergabe	2%
LPH 8 – Objektüberwachung und Dokumentation	34%

5.2 Auf die nach § 5.1 ermittelte Vergütung vereinbaren die Parteien einen Nachlass in Höhe von [...] %.

5.3 Für die Besonderen Leistungen gemäß dem Leistungsbild in **Anlage 3.1** vereinbaren die Parteien jeweils Netto-Pauschalpreishonorare wie folgt, wobei die Besonderen Leistungen gemäß Ziffer 3 und 4 der Anlage 3.1 nur im Falle der Beauftragung der Leistungen der Stufe 3 gem. § 3.1.3 vom AN zu erbringen sind und vom AG vergütet werden:

- Besondere Leistung gemäß Ziffer 1 der **Anlage 3.1**: [...] Euro netto
- Besondere Leistung gemäß Ziffer 2 der **Anlage 3.1**: [...] Euro netto
- Besondere Leistung gemäß Ziffer 3 der **Anlage 3.1**: [...] Euro netto
- Besondere Leistung gemäß Ziffer 4 der **Anlage 3.1**: [...] Euro netto

5.4 Die vereinbarte Vergütung gem. § 5.1 bis § 5.3 versteht sich zuzüglich einer Nebenkostenpauschale in Höhe von [...]%. Mit dieser Nebenkostenpauschale sind alle Nebenkosten und Sekretariatskosten, insbesondere alle Nebenkosten gem. § 14 HOAI, inklusive aller Fahrten und Reisen sowie inklusive Vervielfältigungskosten für Pläne und Fotokopien abgegolten.

5.5 Mit der vereinbarten Vergütung sind sämtliche vom AN nach diesem Vertrag und seinen Vertragsbestandteilen zu erbringenden Leistungen abgegolten.

Abgegolten ist mit der vereinbarten Vergütung auch das Erstellen verschiedener Varianten der Planung im Rahmen der Vorplanung.

Abgegolten ist mit der vereinbarten Vergütung auch die Übertragung der Rechte gem. § 8.

5.6 Mit der vereinbarten Vergütung werden auch alle etwaig vor Vertragsabschluss erbrachten Leistungen des AN abgegolten, welche der AN nach diesem Vertrag schuldet.

5.7 Soweit Leistungen nach Stundenaufwand vergütet werden, gilt Folgendes:

Der geschätzte Stundenaufwand ist dem AG vor Beginn der Arbeiten schriftlich zu übermitteln. Die Vereinbarung einer Pauschalvergütung für solche Leistungen wird angestrebt.

Die Abrechnung erfolgt auf der Grundlage des nachgewiesenen und tatsächlich erforderlichen Zeitaufwands zu folgendem Stundensatz:

- Projektleiter XX,XX €/h
- Stellvertretender Projektleiter/ Architekt/ Ingenieur : XX,XX €/h
- Bauzeichner/ Technischer Zeichner: XX,XX €/h

Die vorgenannten Stundensätze verstehen sich jeweils netto zzgl. der Nebenkostenpauschale gem. § 5.4 für sämtliche Nebenkosten gem. § 5.4. Sekretariats- oder Assistenzmitarbeiter werden nicht zusätzlich vergütet.

Die geleisteten Stunden sind vom AN unter Angabe des Zeitpunkts (Uhrzeit von/bis) der Erbringung der geleisteten Arbeiten, einer genauen Beschreibung der erbrachten Leistung (z.B. Bezeichnung der überarbeiteten Pläne mit Nr., Datum und Index sowie Beschreibung der vorgenommenen Anpassungen) und der namentlichen Benennung des Bearbeiters nebst seiner Qualifikation zu dokumentieren. Diese Dokumentation ist dem AG wöchentlich zu übergeben.

5.8 Den Netto-Honoraren ist die Umsatzsteuer in gesetzlicher Höhe hinzuzurechnen soweit diese nach den gesetzlichen Bestimmungen anfällt.

5.9 Voraussetzung für die Fälligkeit der vereinbarten Vergütung ist auch die Vorlage der Bestätigung der Haftpflichtversicherung des AN über das Bestehen der Haftpflichtversicherung gem. Ziffer 6.1 der ZVB bzw. der Abschluss einer

entsprechenden Haftpflichtversicherung durch den AG zu Lasten des AN gem. Ziffer 6.2 der ZVB.

- 5.10 Alle Abschlagsrechnungen, eine etwaige Teilschlussrechnung und die Schlussrechnung des AN müssen prüffähig sein und müssen im Original an den AG übermittelt werden.

Abschlagsrechnungen sind kumuliert aufzustellen abzüglich bereits erhaltener Zahlungen. Sie sind fortlaufend zu nummerieren. Die Umsatzsteuer ist getrennt auszuweisen.

Abschlagszahlungen können nur in Höhe des Wertes der vom AN erbrachten und vertraglich geschuldeten Leistungen verlangt werden. Abschlagsrechnungen dürfen allenfalls monatlich gestellt werden. Kürzere Abstände für das Stellen von Abschlagsrechnungen sind ausgeschlossen.

In allen Rechnungen des AN ist neben den steuerrechtlich erforderlichen Angaben auch anzugeben:

- die Bezeichnung des Projekts und das Datum des Vertrages
- die Art der Rechnung (Abschlags-, Teilschluss- oder Schlussrechnung)
- der Leistungszeitraum
- der bei Rechnungsstellung erbrachte Leistungsstand in prüfbarer Form, wobei auf Anforderung des AG auch die Nachweise für die als erbracht in Rechnung gestellten Leistungen zu übermitteln sind und anzugeben ist, welche Leistungen noch ausstehen
- alle bislang erhaltenen Zahlungen

Die Übergabe einer den vorstehenden Anforderungen entsprechenden Rechnung ist neben der vertragsgemäßen Ausführung der beauftragten Leistungen ebenfalls Voraussetzung für die Fälligkeit von Abschlags-, Teilschluss- und Schlusszahlungen. Voraussetzung für die Fälligkeit der Schlusszahlung ist zudem die Abnahme der Leistungen des AN. Voraussetzung für die Fälligkeit einer Teilschlusszahlung ist die Teilabnahme der Leistungen des AN gem. Ziffer 5.6 der ZVB in **Anlage 3.4**.

Reicht der AN entgegen den vertraglichen Regelungen eine prüfbare Schlussrechnung oder Teilschlussrechnung nicht ein, so kann der AG diese nach erfolgloser angemessener Nachfristsetzung selbst auf Kosten des Auftragnehmers aufstellen.

- 5.11 Alle Zahlungen sind fällig 30 Kalendertage nach Zugang der vertragsgemäßen Rechnung und Vorliegen der weiteren Fälligkeitsvoraussetzungen. Der AN ist verpflichtet, binnen 2 Wochen nach Abnahme seiner Leistung die Schlussrechnung für die von ihm nach diesem Vertrag erbrachten Leistungen an den AG zu übergeben.
- 5.12 Die Zahlungen erfolgen auf ein vom AN zu benennendes deutsches Konto. Etwaige Spesen und Gebühren, die die Empfängerbank erhebt, gehen zu Lasten des AN.

## § 6 Termine

6.1 Der AN verpflichtet sich, seine Leistungen zu folgenden Terminen zu erbringen:

6.1.1 Fertigstellung der Leistungen der Grundlagenermittlung und Vorplanung aus der Stufe 1 gem. § 3.1.1 bis:

**01.10.2026**

6.1.2 Fertigstellung der Leistungen der Entwurfsplanung aus der Stufe 1 gem. § 3.1.1:

**01.11.2026**

6.1.3 Fertigstellung und Übergabe der Ausführungsplanung aus der Stufe 2 gem. § 3.1.2, sowie der Unterlagen für die Ausschreibung der Bauleistungen, insbesondere Übergabe der jeweiligen Leistungsverzeichnisse:

**3 Wochen nach Beauftragung der Leistungen der Stufe 2 gem. § 3.1.2, frühestens jedoch 2 Wochen nach Ablauf des Termins gem. § 6.1.2**

Im Übrigen hat der AN seine Leistungen unverzüglich nach Vertragsschluss zu beginnen und unverzüglich fertig zu stellen.

6.2 entfällt

6.3 Der AN hat ohne schuldhaftes Zögern einen detaillierten Planungsterminplan für die Leistungen der Stufe 1 gem. § 3.1.1 unter Berücksichtigung der Planungsbeiträge der anderen an der Planung des Projekts Beteiligten und der in § 6.1 und § **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** vereinbarten Termine zu erstellen und dem AG zu übergeben. Dieser detaillierte Terminplan muss die vom AN zu erbringenden Leistungen in kontrollfähigen Abschnitten enthalten.

Dasselbe gilt für die Leistungen der Leistungsphasen 5 und 6 aus der Stufe 2 gem. § 3.1.2, sofern der AG den AN mit diesen Leistungen beauftragen sollte. In diesem Fall wird der AN bei dem AG im Zuge der Ausführung der Leistungen der Leistungsphase 6 auch erfragen, welche Termine mit den bauausführenden Unternehmen vereinbart werden sollen.

Die vom AN erstellten detaillierten Planungsterminpläne sind vom AN mit dem AG einvernehmlich abzustimmen. Sofern der AG einen solchen detaillierten Planungsterminplan in Textform freigibt, wird dieser im Hinblick auf die vom AN geschuldeten Leistungen Vertragsbestandteil und ist vom AN verbindlich einzuhalten.

6.4 Zu den vom AN einzuhaltenden Terminen gehören auch alle Termine und Fristen, die von den Parteien gemeinsam im Rahmen von Planungs- und Projektbesprechungen einvernehmlich festgelegt und protokolliert werden.

6.5 Der AN ist verpflichtet, den AG unverzüglich in Textform über eine sich abzeichnende Überschreitung vereinbarter Termine unter Benennung der Ursachen hierfür zu

informieren. Sollte der AN in der Ausführung seiner Leistung durch den AG oder Dritte behindert sein, so ist der AN verpflichtet, dem AG dies unverzüglich schriftlich anzuzeigen.

- 6.6 Der AN ist verpflichtet, die Beauftragung der Leistungen der Stufe 2 gem. § 3.1.2 und/oder der Stufe 3 gem. § 3.1.3 so rechtzeitig beim AG in Textform abzufordern, dass im Falle einer Beauftragung des AN mit diesen Leistungen keine Verzögerung bei der weiteren Leistungserbringung eintritt. Dem AG muss mindestens eine Frist von 3 Wochen für die Entscheidung bleiben, ob er die Leistungen einer weiteren Stufe beauftragt oder nicht.

## § 7 Haftpflichtversicherung

- 7.1 Der AN ist verpflichtet eine Berufshaftpflichtversicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen zu unterhalten:

- Personenschäden 15 Mio. €
- Sachschäden, Vermögensschäden, sonstige Schäden 15 Mio. €

Die genannten Versicherungssummen müssen pro Versicherungsjahr mindestens 2-fach zur Verfügung stehen.

## § 8 Urheberrecht/ Nutzungsrecht

Der AN wird aufgrund des vorliegenden Vertrags Planungen und sonstige Leistungen für das Projekt erbringen [nachfolgend zusammen „**Arbeitsergebnisse**“ genannt]. Diese Arbeitsergebnisse sowie die hiernach auszuführenden Bau-, Werk- und Lieferleistungen können gegebenenfalls (urheberrechtlich) schutzfähig sein. Der AG möchte die Arbeitsergebnisse des AN sowie die hiernach auszuführenden Bau-, Werk- und Lieferleistungen unter Ausschluss eines jeden Drittens dauerhaft für das Projekt, möglicherweise auch in geänderter Form, etwa aufgrund von wirtschaftlichen Erwägungen, verwenden und/oder diese Rechte auf Dritte übertragen. Der AG hat insgesamt nur ein bestimmtes Budget zur Verfügung, so dass es für den AG von besonderer Bedeutung ist, auch im Hinblick auf etwaige Urheberrechte des AN abschließende Regelungen für die komplette Nutzungsdauer der Arbeitsergebnisse des AN zu treffen. Dies vorausgeschickt, vereinbaren der AG und der AN Folgendes:

- 8.1 Der AN räumt dem AG das übertragbare, inhaltlich unbeschränkte, zeitlich und räumlich unbegrenzte Recht ein, alle Arbeitsergebnisse des AN für das Projekt sowie die hiernach auszuführenden Bau-, Werk- und Lieferleistungen zu nutzen, zu ergänzen, zu ändern, zu vervielfältigen, zu veröffentlichen und Dritten zur Nutzung, Ergänzung, Änderung, Vervielfältigung und Veröffentlichung sowie Weiterübertragung zu überlassen, insbesondere auch zur Eigendarstellung und/oder Bewerbung des Projekts. Der AN stimmt einer Weiterübertragung der vorgenannten Nutzungsrechte einschließlich des Rechts zur Weiterübertragung sowie der Einräumung einfacher Nutzungsrechte durch den AG auf Dritte, insbesondere einen Käufer des Projektgrundstücks, bereits jetzt zu. Die vorgenannten Rechte beziehen

sich auch auf die nach der Planung des AN auszuführenden Bau-, Werk- und Lieferleistungen.

8.2 Der AG darf insbesondere auch alle Arbeitsergebnisse des AN für das Projekt sowie die hiernach auszuführenden Bau-, Werk- und Lieferleistungen vor und nach ihrer Fertigstellung ohne Mitwirkung des AN unter Wahrung der Urheberpersönlichkeitsrechte des AN verändern, modernisieren und/oder in sonstiger Weise den aktuellen Erfordernissen anpassen. Bei wesentlichen Eingriffen in urheberrechtlich geschützte Planungen oder sonstige Leistungen des AN wird der AG den AN jedoch - soweit keine wichtigen Gründe entgegenstehen - anhören und anschließend etwaige urheberrechtliche Belange des AN angemessen unter Berücksichtigung des Urheberpersönlichkeitsrechts abwägen und bei den Eingriffen in angemessener Weise berücksichtigen.

8.3 Mit der vertraglich vereinbarten Vergütung gem. § 5 ist die Übertragung der Rechte gemäß § 8.1 und § 8.2, insbesondere auch die Übertragung der Änderungs- und Bearbeitungsrechte, abgegolten.

8.4 Der AN sichert dem AG zu, dass die von ihm nach diesem Vertrag erbrachten Arbeitsergebnisse frei von Rechten Dritter sind und stellt den AG von etwaigen Ansprüchen Dritter, insbesondere wegen der Verletzung von Urheberrechten frei. Die Verjährungsfrist für diesen Freistellungsanspruch des AG beträgt 3 Jahre. Diese Verjährungsfrist beginnt erst mit dem Schluss des Jahres, in dem der AG von dem jeweiligen Verstoß Kenntnis erlangt hat oder ohne grobe Fahrlässigkeit hätte erlangen müssen.

Sollte der AN nach diesem Vertrag geschuldete Leistungen durch Dritte, wie freie Mitarbeiter oder selbständige Architekten/Ingenieur erbringen lassen, so ist er verpflichtet, sich die Nutzungs-, Ergänzungs-, Änderungs-, Vervielfältigungs-, Veröffentlichungs- und Übertragungsbefugnisse von diesen Dritten nach den vorstehenden Bestimmungen – auch für alle Fälle der vorzeitigen Vertragsbeendigung – übertragen zu lassen.

8.5 Der AG ist berechtigt, Pläne und andere vom AN entworfene Unterlagen einschließlich Datenträger – sowohl mit als auch ohne Namensangabe des AN - zu nutzen, zu veröffentlichen und zu verändern. Der AN ist mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG zur Veröffentlichung berechtigt. Die Zustimmung darf nur aus wichtigem Grund verweigert werden. Die Gestaltung der Urheberbezeichnung wird dem AG nach dessen eigenem Ermessen übertragen. Der AN verzichtet darauf, dass sein Name an dem vertragsgegenständlichen Gebäude genannt werden muss, der AG ist aber berechtigt, den Namen des AN zu nennen.

8.6 Die vorstehenden Regelungen dieses § 8 gelten auch im Falle der vorzeitigen Beendigung des vorliegenden Vertragsverhältnisses durch Kündigung, Aufhebung oder auf sonstige Weise. Der AG ist in diesem Fall berechtigt, die Arbeitsergebnisse des AN ohne Mitwirkung des AN und ohne Zahlung eines weiteren Nutzungsentgeltes, mit oder ohne Hinzuziehung eines Dritten weiter zu nutzen, zu ergänzen, zu ändern, zu vervielfältigen, zu veröffentlichen und zu übertragen und insbesondere das Projekt fertigzubauen. Die vorstehenden Rechte dieses § 8 kann

der AG auf einen Dritten übertragen, der zum Beispiel die Planung oder die Ausführung der Bauleistungen übernimmt. Der AG stimmt der Übertragung bereits jetzt zu.

## **§ 9 Optionsleistungen**

9.1 Noch nicht beauftragt sind mit dem Abschluss dieses Vertrags die folgenden optionalen Leistungen:

9.1.1 Technische Unterstützung des AG bei der Durchsetzung von Forderungen und Ansprüchen des AG gegen die weiteren am Projekt Beteiligten (außergerichtlich oder gerichtlich) nach Schlussabnahme der Leistungen des AN

9.1.2 Technische Unterstützung des AG bei der Abwehr von Forderungen und Ansprüchen der weiteren am Projekt Beteiligten (außergerichtlich oder gerichtlich) nach Schlussabnahme der Leistungen des AN

9.1.3 Prüfen und Werten von Nebenangeboten

9.1.4 Fachliche Vorbereitung und Mitwirken bei Nachprüfungsverfahren

9.1.5 Erstellen der Schlussrechnung eines bauausführenden Unternehmens in Ersatzvornahme gem. § 14 Abs. 4 VOB/B.

Eine Rechtsberatung hat durch den AN nicht zu erfolgen.

Der AN verpflichtet sich jedoch, die vorstehend beschriebenen optionalen Leistungen im Falle einer in Textform erfolgenden Beauftragung durch den AG zu den Bedingungen des vorliegenden Vertrages zu erbringen.

Dem AG steht frei, alle oder auch nur einzelne der vorstehend genannten optionalen Leistungen zu beauftragen oder von einer Beauftragung der optionalen Leistungen abzusehen. Dem AG steht es ferner frei, die Beauftragung der vorstehend beschriebenen optionalen Leistungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten vorzunehmen. Die Leistungen gem. § 9.1.1 und § 9.1.2 darf der AN dabei auch noch nach der Schlussabnahme der Leistungen des AN beauftragen, jedoch nicht später als 5 Jahre und 6 Monate nach der Schlussabnahme der Leistungen des AN. Die Leistungen gem. § 9.1.3 bis § 9.1.5 darf der AG hingegen nur bis zur Schlussabnahme der Leistungen des AN beauftragen, wobei die Leistungen gem. § 9.1.3 und § 9.1.4 nur dann vom AG beauftragt werden dürfen, wenn der AN auch mit den Leistungen der Stufe 2 gem. § 3.1.2 beauftragt ist und die Leistungen gem. § 9.1.5 nur dann vom AG beauftragt werden dürfen, wenn der AN auch mit den Leistungen der Stufe 3 gem. § 3.1.3 beauftragt ist.

Erfolgt eine entsprechende Beauftragung durch den AG, sind die optionalen Leistungen durch den AN unverzüglich nach der Beauftragung durch den AG zu beginnen, kontinuierlich und zügig fortzuführen und unverzüglich abzuschließen.



Sollte der AG dem AN die vorstehend genannten optionalen Leistungen ganz oder teilweise nicht beauftragen, stehen dem AN wegen des Absehens von der Beauftragung dieser Optionsleistungen keinerlei Ansprüche, gleich welcher Art, gegen den AG zu.

- 9.2 Für den Fall einer Beauftragung von optionalen Leistungen gem. § 9.1 erhält der AN hierfür zusätzlich zu der vereinbarten Vergütung eine zusätzliche Vergütung auf Basis des tatsächlich erforderlichen Aufwands zu den in § 5.7 vereinbarten Stundensätzen.

Für Stundenaufwände der optionalen Leistungen gem. § 9.1.1 und § 9.1.2, welche nach Ablauf von 6 Monaten nach Schlussabnahme der Leistungen des AN anfallen, kann der AN jedoch eine angemessene, am Verbraucherpreisindex orientierte Anpassung der in § 5.7 vereinbarten Stundensätze verlangen. Ausgangspunkt für die Anpassung der in § 5.7 vereinbarten Stundensätze ist hierbei die Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem Stand des Verbraucherpreisindex zum Zeitpunkt 6 Monate nach Schlussabnahme der Leistungen des AN.

Der AN ist verpflichtet die voraussichtlich anfallenden Stundenaufwände für die Ausführung der optionalen Leistungen auch schon vor deren Beauftragung zu benennen. Die Regelungen in § 5.7 gelten auch für optionale Leistungen. Die Parteien sollen möglichst vor der Beauftragung der jeweiligen optionalen Leistung die Vergütung hierfür pauschalisieren.

## **§ 10 Rechte des Auftraggebers bei Mängeln**

- 10.1 Für die Ansprüche und Rechte des AG bei Mängeln gelten die gesetzlichen Bestimmungen. Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche des AG beträgt 5 Jahre. Diese beginnt einheitlich mit der Abnahme der letzten vom AN nach diesem Vertrag erbrachten Leistung (= Schlussabnahme).
- 10.2 Anregungen, Weisungen oder Anordnungen des AG entbinden den AN nicht von einer eigenen Prüfung, ob die Leistung des AN auf dieser Basis vertragsgemäß erbracht werden kann.
- 10.3 Sicht- und Prüfvermerke (insbesondere auf Plänen des AN) führen nicht dazu, dass der AN für Mängel an seinen Leistungen nicht haftet.

## **§ 11 Projektteam des AN, Vertretung des AG**

- 11.1 Projektleiter auf Seiten des AN für die Durchführung des Projekts ist: .....  
Der Projektleiter des AN ist Ansprechpartner für den AG in allen das Projekt betreffenden Belangen.

Stellvertretender Projektleiter auf Seiten des AN für die Durchführung des Projekts ist: .....

- 11.2 Der AN ist zur Wahrung der Rechte und Interessen des AG im Rahmen der ihm übertragenen Aufgaben, insbesondere gegenüber Behörden, berechtigt und verpflichtet. Er darf insbesondere technische Weisungen erteilen. Der AN ist jedoch

nicht zur rechtsgeschäftlichen Vertretung des AG bevollmächtigt. Der AN darf insbesondere keinerlei finanzielle Verpflichtungen für den AG eingehen. Dies hat der AN erforderlichenfalls auch gegenüber Dritten offen zu legen und diese auf seine fehlende Vertretungsmacht hinzuweisen.

- 11.3 Der AN ist verpflichtet sämtliche Korrespondenz und sonstigen, im Zusammenhang mit dem Projekt stehenden Austausch bis auf weitere Mitteilung des AG immer auch in Kopie an Hr. Honig und Hr. Eichhorn zu übermitteln, und zwar an die E-Mail Adressen: [c.honig@stadtwerke-frankfurt.de](mailto:c.honig@stadtwerke-frankfurt.de) und [s.eichhorn@stadtwerke-frankfurt.de](mailto:s.eichhorn@stadtwerke-frankfurt.de).

## **§ 12 Schlussbestimmungen, Sonstiges, Verschwiegenheit**

- 12.1 Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sollen aus Beweisgründen in Textform erfolgen.

Es bestehen keine Nebenabreden zu den in diesem Vertragstext und seinen Vertragsbestandteilen getroffenen Vereinbarungen.

- 12.2 Ist oder wird eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam, so wird die Wirksamkeit des übrigen Vertrages hierdurch nicht berührt.

- 12.3 Der AN ist zur Verschwiegenheit hinsichtlich sämtlicher ihm im Zusammenhang mit dem Projekt bekannt gewordenen Sachverhalte und Informationen verpflichtet, es sei denn, deren Mitteilung an Dritte ist zur Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten erforderlich. Zudem gilt die Verschwiegenheitsverpflichtung nicht gegenüber Behörden sowie Beratern, welche selbst gesetzlich zur Verschwiegenheit verpflichtet sind und auch nicht für solche Sachverhalte, die öffentlich bekannt sind.

Bei einer Verletzung der Pflichten aus diesem § 12.3 ist der AN dem AG zum Ersatz des hieraus entstehenden Schadens verpflichtet, es sei denn er hat diesen nicht zu vertreten.

- 12.4 Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.

- 12.5 Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeit aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Frankfurt am Main, Deutschland.

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_, \_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Auftraggeber

Auftragnehmer